Die Dynamik des Pegida Protests.

Der Einfluss von Ereignissen und bewegungsspezifischer Mobilisierung auf Teilnehmerzahlen und Teilnehmerzusammensetzung.

Prof. Dr. Karl-Heinz Reuband¹

1. Veränderte Rahmenbedingungen des Protests

Soziale Bewegungen und Proteste unterliegen einer Dynamik. Diese ist abhängig von Ereignissen und von bewegungsspezifischer Mobilisierung. Beides kann, muss aber nicht miteinander einhergehen. Nicht jede soziale und politische Konstellation, die von Teilen der Bevölkerung als ein Problem und als Versagen des Staates verstanden wird, ist Anlass für die Herausbildung kollektiven Protests. Und nicht jedes Ereignis, das die Thematik einer bestehenden Bewegung betrifft, muss zur Mobilisierung von Protest führen. Genauso wie umgekehrt nicht jede Mobilisierung ein entsprechendes Ereignis voraussetzt. Es gibt bei den sozialen Bewegungen auch ein "Event"-Management, dessen Dynamik aus strategischen Überlegungen, verfügbaren Ressourcen und den Möglichkeiten der Gestaltung vor Ort erwächst.

Dass äußere Bedingungen den Boden für den Aufstieg von Pegida begünstigten, steht außer Zweifel. So führten islamistischer Terror und steigende Flüchtlingszahlen zu einer stark ansteigenden Beunruhigung der Bevölkerung im Verlauf der Jahre 2014 und 2015 (vgl. Köcher 2014, 2016, Forschungsgruppe Wahlen 2017) und begünstigte so auch die Entstehung und Ausbreitung der Pegida-Protestbewegung. In dem Maße wie die Flüchtlingszahlen wuchsen, nahm - wenn auch z.T. durch innerorganisatorische Querelen beeinträchtigt – die Zahl der Teilnehmer an den Kundgebungen zu (vgl. Geiges et al. 2015, Rucht 2016, Durchgezählt 2017). Desgleichen steht außer Zweifel, dass Mobilisierungsprozesse ungeachtet äußerer Ereignisse die Teilnehmerzahlen auf den Kundgebungen steigen lie-Ben. So führte der öffentlichkeitswirksam angekündigte Auftritt von Geert Wilders ebenso zu einem Anstieg wie die Jahrestage des Pegida Protests.²

Inwieweit spektakuläre, gesellschaftspolitische Ereignisse, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Themen des Protests stehen, nach der Veralltäglichung des Protests und nach Sinken der wahrgenommenen Bedrohungslage noch die Teilnehmerzahl steigern, ist eine andere Frage. Dass es Veralltäglichungsprozesse bei Pegida gibt, ist nicht zu übersehen. Die Kundgebungen sind zu einer Art Dauerbetrieb geraten. Seit der ersten Protestveranstaltung am 20. Oktober 2014 hat es (nahezu) jeden Montag in der Woche welche gegeben. Bis April 2016 waren es mehr als 60, inzwischen ist die Zahl 100 längst überschritten. Unter diesen Umständen ist der Gang zur Kundgebung für viele Teilnehmer zum Bestandteil einer Routine geworden: zu einem wöchentlichen Ereignis, dem sie regelmäßig beiwohnen.

Ebenso wie Prozesse der Veralltäglichung nicht zu übersehen sind, ist unverkennbar, dass die Dramatik der Entwicklung aus Sicht der Bürger Ende des Jahres 2015 abgenommen hat. Man kann dies ihren Angaben zu den wichtigsten Problemen in Deutschland entnehmen, ebenso wie den Angaben auf die Frage, ob ihnen die "derzeitige Entwicklung in der Flüchtlingssituation in Deutschland" Sorgen bereitet. Der Höhepunkt in der Häufigkeit, mit der Themen Ausländer, Integration oder die Flüchtlinge auf die Frage zu den wichtigsten Problemen genannt wurden, war im November 2015 erreicht. Seitdem sind die Zahlen rückläufig (dazu siehe Abbildung 1). Ein ähnliches Bild zeichnen die Antworten auf die Frage zur Flüchtlingssituation. Meinten im August 2015 40 % und im Oktober sogar 53 % der Bundesbürger, die Entwicklung bereite ihnen Sorgen, waren es im November 2015 und Januar 2016 nur noch 47 % bzw. 48 %. Im April 2016 war die Zahl auf 37 % weiter gesunken und belief sich im Juni 2016 schließlich auf 32 % (Köcher 2016).

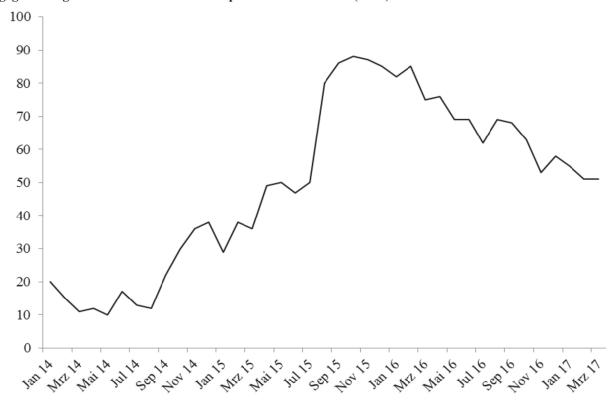
Die veränderte Einschätzung korrespondiert mit Veränderungen in der realen und der von den Medien vermittelten Welt. Der Höhepunkt in der Zahl registrierter Asylsuchender in der Bundesrepublik war im November 2015 erreicht, seitdem sind die Zahlen stark abgefallen.³ Zudem gilt die Balkanroute als geschlossen, und der Pakt mit der Türkei, der im März 2016 in Kraft trat, verspricht, den Flüchtlingszuzug zu unterbinden. Nimmt man die Berichterstattung der am weitesten verbreiteten lokalen Tageszeitung in Dresden, der "Sächsischen Zeitung", so lässt sich ebenfalls in dieser Zeit ein Umschwung feststellen.

Der Verfasser ist Professor für Soziologie (em.), Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Am 13.04.2015, der Kundgebung mit Geert Wilders, lag die geschätzte Teilnehmerzahl bei rund 10.000, zuvor und danach waren es weniger. Gleiches gilt für das Ein-Jahres-Jubiläum von Pegida am 19.10.2015. An diesem Tag lag die Zahl zwischen 15.000 und 20.000, davor und danach lagen sie weitaus niedriger, am 02.11.2015 z.B. zwischen 7.000 und 8.000 (vgl. Durchgezählt 2017).

³ Bundeszentrale für politische Bildung unter Verweis auf Bundesministerium des Innern, online: www.bpb.de/politik/innen politik/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland#Registrie rungen; Zugriff 17.03.2017.

Abbildung 1: Nennung der Thematik "Ausländer/Integration/ Flüchtlinge" auf die Frage nach dem wichtigsten gegenwärtigen Problem in der Bundesrepublik im Zeitverlauf (in %)



Frageformulierung: "Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland" *Quelle*: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Januar 2014 bis März 2017 (forschungsgruppe.de). Wahlberechtigte Bevölkerung. Bundesweite Telefonumfragen

Die Zahl der Artikel, in denen das Thema Asyl und/oder Flüchtlinge in Deutschland angesprochen wird, nimmt nach einem rapiden Anstieg in den vorangegangenen Monaten deutlich wieder ab.⁴

Eine ungeklärte Frage im Zusammenhang mit Protestbewegungen, einschl. Pegida, blieb bislang, in welchem Umfang äußere Ereignisse und bewegungsspezifische Mobilisierung die Teilnehmerzahlen beeinflussen und welche Konsequenzen dies für die Zusammensetzung der Teilnehmer hat. Gehen unterschiedliche Teilnehmerzahlen mit einem unterschiedlichen Teilnehmerprofil einher? Findet sich bei niedriger Mobilisierung eher ein "Stammpublikum" ein, und erweitert sich sozial der Kreis bei hoher Mobilisierung? Im Folgenden soll diesen Fragen am Beispiel der Dresdner Pegida Kundgebungen nachgegangen werden.⁵ In einem ersten Teil des Beitrags geht es darum, die Unterschiede in den Teilnehmerzahlen und dem Einstellungsprofil der Teilnehmer im Zeitverlauf zu bestimmen. In einem zweiten Schritt geht es um die Informationsquellen: Welche werden genutzt, und welche Effekte erwachsen daraus?

2. Methodisches Vorgehen

Empirische Basis sind schriftlich-postalische Befragungen. Schriftlich-postalische Befragungen haben den Vorteil, dass sie anonym sind und soziale Erwünschtheitseffekte weitgehend reduziert werden (vgl. Reuband 2014). Die Erhebungen verteilen sich auf drei Dresdner Pegida Kundgebungen in der Zeit zwischen Dezember 2015 und April 2016. Es ist die Zeit, in der sich real und aus Sicht der Bevölkerung eine gewisse Entspannung in der Flüchtlingskrise abzuzeichnen begann. Angelegt waren die drei Erhebungen (und partiell in dieser Weise realisierbar) als systematische Zufallsauswahl, mit Anpassung an die jeweiligen Rahmenbedingungen (ausführlicher dazu Reuband 2016a). Wie viele Fragebögen pro Erhebung in die Verteilung eingingen, war von Anfang an u.a.

⁴ Auswertung auf der Basis von LEXIS-NEXIS. Artikel mit mehr als 500 Wörtern, ohne Pegida Thematisierung.

Die empirische Erhebung wurde dankenswerterweise durch die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf finanziell unterstützt.

an der zu erwartenden Zahl der Teilnehmer mit ausgerichtet. Der Anteil der Befragten an den einzelnen Erhebungen entspricht in der Tat ziemlich genau dem Anteil der Teilnehmer an den drei Kundgebungen.⁶

Das Vorgehen bei den Erhebungen war ähnlich: Die Teilnehmer wurden vor Beginn der Kundgebung (meist) an den Zugängen zum Veranstaltungsort von den Interviewern angesprochen und um Teilnahme an der Erhebung gebeten. Rund zwei Drittel der angesprochenen Personen nahmen den Fragebogen an, der in einem verschlossen Umschlag (nebst Anschreiben und Rücksendeumschlag) enthalten war. Rund 40 % sandten ihn schließlich ausgefüllt an das Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zurück. Die Tatsache, dass es sich um keine persönliche Befragung auf dem Gelände der Kundgebung handelte, die Kontaktierung vor Beginn der Veranstaltung stattfand und es den Teilnehmern überlassen war, über die Beantwortung des Fragebogens zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden, dürfte maßgeblich zur hohen Kooperationsbereitschaft beigetragen haben (vgl. Reuband 2016a).

Der eingesetzte 11-seitige Fragebogen war in den ersten beiden Erhebungswellen identisch (mit Ausnahme der Teilnehmer, die schon mal von uns befragt worden waren: diese erhielten in der zweiten Erhebungswelle eine gekürzte Fassung im Umfang von vier Seiten). In der dritten Erhebungsphase kam generell ein auf sieben Seiten gekürzter und durch einige Fragen ergänzter Fragebogen zum Einsatz. Teilnehmer, die schon früher an unseren Umfragen teilgenommen hatten, wurden über entsprechende Fragen im Fragebogen identifiziert, so dass eine Auswertung sowohl auf der Ebene der Befragten in den Erhebungswellen (N=1.043) als auch auf der Ebene der Befragten als Ganzes (N=934) möglich ist. Rund 9 % der Befragten der zweiten Welle, waren von uns auch schon in der ersten Welle befragt worden. In der dritten Welle belief sich der Anteil der zuvor Befragten auf 30 %.

Alles in allem setzten sich die Teilnehmer der drei Wellen in ihren sozialen Merkmalen ähnlich zusammen wie in den früher durchgeführten Pegida Erhebungen (Rucht et al. 2015, Geiges et al. 2015, Vorländer et al. 2016, Patzelt 2016, dazu vgl. auch Reuband 2015: 138 f.): es überwiegen die Männer und Personen mit einer überproportional hohen Bildung. In der Frage des Alters hingegen unterscheiden sich die Ergebnisse: die Befragten sind im Vergleich zu den Studien aus der Hoch-Zeit des Pegida Protests einige Jahre älter.⁷ Dies dürfte zum einen einer veränderten Alterszusammensetzung der Kundgebungsteilnehmer geschuldet sein (nicht zuletzt wohl auch eine Folge der Veralltäglichung des Protests), zum anderen vermutlich auch einer überproportionalen Befragungsbereitschaft der Älteren (vgl. Reuband 2016a: 56 ff.).

3. Ereignisse, Orte und Veralltäglichung des Protests

Die äußeren Rahmenbedingungen der in unsere Untersuchung einbezogenen Protestveranstaltungen unterscheiden sich auf der Ebene der Ereignisse, der Orte, der symbolischen Aufladung der Kundgebung und der Teilnehmerzahlen. Die erste Befragung fand statt am 14. Dezember 2015, relativ kurz nachdem in Paris 130 Menschen durch einen islamistischen Anschlag getötet worden waren (dies war am 13. November geschehen). Die zweite Erhebung fand am 6. Februar 2016 statt, kurz nachdem es in Köln zu Silvester massenhafte Belästigungen von Frauen durch nordafrikanische Migranten gegeben hatte. Die dritte Erhebung wurde am 25. April 2016 durchgeführt. Einen Monat zuvor (am 22. März) hatte es in Brüssel einen islamistischen Terroranschlag auf den Flughafen und die Innenstadt gegeben, bei dem mehr als 30 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt worden waren. Ebenfalls im März war das Abkommen mit der Türkei in Kraft getreten, von dem man sich seitens der Bundesregierung erhoffte, den Fluchtweg von der Türkei in die EU zu unterbinden.

Die Dezember Kundgebung fand auf dem Theaterplatz gegenüber der Oper statt – einem Ort, der vorher wiederholt die Bühne für die Pegida Veranstaltungen war und symbolisch – weil in der Altstadt und vor dem Hintergrund der Oper gelegen – als besonders markant angesehen werden kann. Die zweite Erhebung fand auf den Elbwiesen gegenüber der Altstadt statt (einem Platz, wo im Sommer auch das Freilichtkino seine Filme zeigt). Die Kundgebung

^{6 32 %} der 1.043 Fragebögen entfallen auf die erste Welle, 48 % auf die zweite und 20 % auf die dritte. Dies entspricht ziemlich genau der Verteilung der Teilnehmerzahlen auf den drei Kundgebungen: auf die erste entfallen 32 %, auf die zweite 50 % und auf die dritte 19 % (jeweils gemittelter Schätzwert als Basis). Die Schätzung der Teilnehmerzahlen und das Stichprobendesign stützten sich auf die vorangegangenen Teilnehmerzahlen, die Erfahrungen mit den bisherigen Kooperationsraten und die Bedeutung der geplanten Kundgebung im Gesamtkontext des Pegida Protests.

In der ersten Welle lag das arithmetische Mittel bei 58,8 Jahren, in der zweiten bei 58,4 und in der dritten bei 60,2. Bezieht man sich nur auf diejenigen, die erstmals befragt wurden, unterscheiden sich die Befragten der drei Wellen kaum: Sie sind in der ersten und der dritten Welle gleich alt (58,8), in der zweiten unmerklich jünger (58,1).

war als euroweite, koordinierte Protestveranstaltung organisiert ("Fortress Europe"), mit einer Großbildleinwand und Live Schaltungen zu Demonstrationsorten im Ausland. Die dritte Erhebung fand am Vorplatz des Bahnhofs statt – ein im Vergleich zu den zuvor genannten Plätzen etwas ungemütlicher Ort, ohne besondere symbolische Bedeutung.

Zur Dezember Kundgebung kamen zwischen 5.400 und 5.800 Menschen, zur Februar Kundgebung mit europaweitem Anspruch zwischen 8.300 und 9.200 und zur April Kundgebung zwischen 3.000 und 3.600. Letztere Zahl liegt im Vergleich zu den vorangegangenen Kundgebungen also deutlich niedriger. Sie ist jedoch für die Kundgebungen des Jahres 2016 nicht untypisch: Diese belaufen sich in der Regel auf 3.000 bis 4.000, zeitweise gar nur auf 1.800 bis 3.000 Personen.

Tabelle 1: Teilnehmerzahl an Pegida Kundgebungen in Dresden im Zeitverlauf (ausgewählter Zeitraum).

Diesden im Zeitverlauf (ausgewährter Zeitraum):						
Nr.	Datum	Teilnehmerzahl				
40	21.09.2015	6.700				
41	28.09.2015	7.300				
42	05.10.2015	8.500				
43	12.10.2015	8.000				
44	19.10.2015	17.500				
45	26.10.2015	10.250				
46	02.11.2015	7.500				
47	09.11.2015	7.550				
48	16.11.2015	7.500				
49	23.11.2015	4.650				
50	30.11.2015	3.800				
51	07.12.2015	5.750				
52	14.12.2015	5.600				
53	21.12.2015	4.800				
54	04.01.2016	3.750				
55	18.01.2016	3.750				
56	25.01.2016	3.500				
57	06.02.2016	8.750				
58	15.02.2016	3.750				
59	22.02.2016	2.750				
60	29.02.2016	3100				
61	14.03.2016	3.850				
62	21.03.2016	3.000				
63	04.04.2016	2.550				
64	11.04.2016	2.750				
65	18.04.2016	2.950				
66	25.04.2016	3.300				
67	02.05.2016	3.300				
68	09.05.2016	2.750				

Der Tag der Befragung ist in fett ausgewiesen

Basis: Schätzungen von "Durchgezählt" (2017). Die Zahlen sind dort jeweils mit unterer und oberer Grenze angegeben. Für die vorliegende Übersicht wurden die mittleren Werte berechnet. Zur Methodologie der Schätzungen von "Durchgezählt" siehe Berger et al. (2016)

Setzt man die Zahl der Teilnehmer mit den genannten äußeren Ereignissen in Beziehung, ist bemerkenswerterweise kein Zusammenhang erkennbar. Spektakuläre Anschläge wie in Paris steigern nicht die Teilnehmerzahlen. So waren am 9. November zwischen 7.100 und 8.000 Menschen auf der Pegida Demonstration, am 16. November – unmittelbar nach dem Anschlag – waren es mit 7.000 bis 8.000 praktisch genau so viele. Und in der folgenden Woche, am 23. November, fielen die Zahlen sogar noch niedriger aus, beliefen sich auf 3.600 bis 4.000 Personen. Ähnlich der Effekt der Silvesternacht in Köln: am 21. Dezember vermochte Pegida zwischen 4.300 und 5.300 Menschen zu mobilisieren. In der folgenden Kundgebung nach dem Ereignis, am 4. Januar 2016, waren es mit 3.500 bis 4.000 Personen deutlich weniger. Ähnliches gilt für die Auswirkungen des Terroranschlags in Brüssel. Am 21. März, einen Tag vor dem Anschlag, waren 2.700 bis 3.000 auf der Kundgebung gewesen, auf der darauf folgenden Kundgebung 2.300 bis 2.800 (vgl. Abbildung 2 und Tabelle 1, hier mit gemittelten Werten).

Dass die Erhöhung der Teilnehmerzahl ausblieb, kann nicht der Tatsache zugeschrieben werden, dass die Ereignisse im Ausland stattfanden und damit der Lebenswelt der Befragten besonders entrückt waren. Ebenso wenig kann man eine gestiegene Furcht vor Terror dafür verantwortlich machen. Denn auch die Kundgebungen nach der Kölner Silvesternacht, bei der Nordafrikaner und Flüchtlinge als Täter beschrieben wurden, führten zu keiner Steigerung der Teilnehmerzahlen. Vielmehr scheint es, als hätten äußere Ereignisse wie diese keine Relevanz für die Mobilisierung von Protest⁸ oder – wie wir vermuten – ihre Wirkungskraft in der Phase der Veralltäglichung des Protests (weitgehend) verloren.

Wenn am 6. Februar 2016 – dem Tag unserer zweiten Erhebung – die Teilnehmerzahl auf der europaweit konzipierten Veranstaltung auf mehr als das Doppelte stieg (und anschließend wieder auf das Ausgangsniveau fiel), dann dürfte dies der Besonderheit dieser Veranstaltung und der damit einhergehenden Mobilisierung geschuldet sein: Der Konstruktion als europaweiter Protest ("Fortress Europe"), dem Ort auf den Elbwiesen und der Wahl eines Samstagnachmittag (statt eines Montagabend wie sonst üblich). Auch dürfte die Tatsache, dass es sich um einen Tag mit strahlendem Sonnenschein handelte, der Kundgebung förderlich gewesen sein. Die April-

So könnte es z.B. sein, dass nur solche Ereignisse noch eine Wirkung auf die Mobilisierung haben, wo es um staatliches Handeln geht, nicht um irgendwelche Ereignisse, in welche Migranten involviert sind.

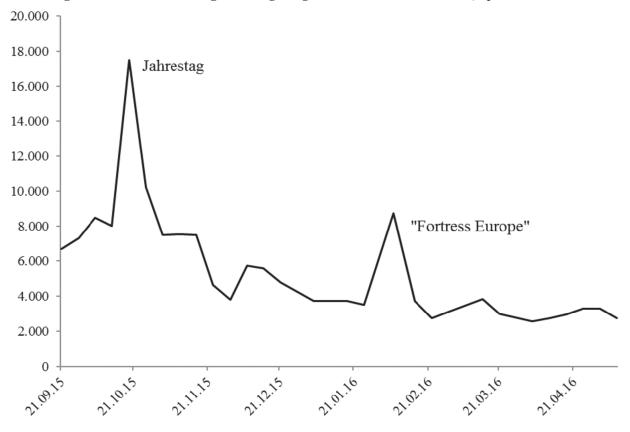


Abbildung 2: Teilnehmerzahl an Pegida Kundgebungen in Dresden im Zeitverlauf (September 2015 bis Mai 2016)

Kundgebung, auf die sich die dritte Erhebungswelle bezieht, stellt im Vergleich dazu ein trivialeres Ereignis dar: weder gibt es besonders interessante Redner, die eine größere Mobilisierung hätten bewirken können, noch geht von dem Ort eine besondere Ausstrahlungskraft aus. Gemessen an den relativ niedrigen Teilnehmerzahlen kann man vermuten, dass sich hier überproportional eine Art Stammpublikum einfand, das sich besonders stark mit den Zielen von Pegida identifizierte und für das der Protest in hohem Maße zur Routine geworden war.

4. Zusammensetzung der Teilnehmer: Ortsansässigkeit und Engagement

Wenn niedrige Teilnehmerzahlen etwas über das Vorhandensein eines Stammpublikums aussagen – gewissermaßen den harten Kern des Protests abbilden –, dann müsste vor allem die dritte Erhebungswelle unserer Untersuchung ein anderes Teilnehmerprofil ausweisen als die vorangegangenen Erhebungen: zum einen in Form einer größeren Häufigkeit der Teilnahme am Pegida Protest, zum anderen in Form eines größeren aktiven Engagements. Im Vergleich dazu müssten die Teilnehmerzahlen an der zweiten Erhebungswelle – sie bezieht sich auf eine

Demonstration mit besonders starker Mobilisierung und hoher Teilnahmezahl – am niedrigsten ausfallen. Die Befragten in der ersten Erhebungswelle müssten eine Zwischenstellung einnehmen.

Die Befunde entsprechen den Erwartungen. So geben in der dritten Welle die Befragten an, durchschnittlich 36-mal in Dresden an Pegida Kundgebungen teilgenommen zu haben. In der ersten Welle beläuft sich die Zahl auf 26-mal, in der zweiten (mit weitaus höherer Teilnehmerzahl) auf 19-mal. Relativ zur Zahl der bisher stattgefundenen Pegida Veranstaltungen⁹ sind die Teilnehmer in der dritten Welle damit deutlich stärker engagiert. Entsprechend erhöht fällt ihr Aktivitätsniveau aus. Sie geben häufiger als die Befragten der vorangegangen Wellen an,

Die erste Erhebung fand auf der 52. Kundgebung statt, die zweite auf der 57. und die dritte auf der 66. Die Teilnehmer der ersten Welle hatten demnach im Durchschnitt 50 % der Kundgebungen besucht, die Teilnehmer der zweiten Welle 33 % und die Teilnehmer der dritten Welle 55 %. Die Zahl der besuchten Pegida Kundgebungen stellt naturgemäß eine Schätzung der Befragten dar, niemand von ihnen dürfte Buch über die Zahl der bisher besuchten Veranstaltungen führen. Manche der Befragen gaben auch eine Zahl an, die höher liegt als die Zahl der bis dahin stattgefundenen Pegida Kundgebungen. Basis unserer Berechnung sind die Angaben der Befragten, korrigiert um die maximal mögliche Zahl.

bei Pegida Kundgebungen ein Banner/Plakat oder eine Fahne getragen zu haben (*Tabelle 2*). Auch haben sie häufiger ein T-Shirt mit Pegida Symbol getragen, sind in der erste Reihe gelaufen oder waren schon mal Ordner. Die Befragten der zweiten Welle nehmen eine Mittelstellung ein, wobei die Unterschiede zur dritten Welle größer sind als zur ersten.

Tabelle 2: Pegida Engagement jemals im Zeitverlauf (in %)

	Welle		
	(1)	(2)	(3)
Banner/Plakat tragen	20	18	35
Fahnen tragen	22	25	35
Mütze mit Deutschlandfarbe tragen	11	10	18
T-Shirt mit Pegida-Symbol tragen	16	11	19
In der ersten Reihe laufen	13	14	20
Flugblätter für Pegida verteilen	17	15	21
Ordnerfunktion übernehmen	4	4	7

Frageformulierung: "Haben Sie es bereits getan oder können sich vorstellen, auf einer PEGIDA-Kundgebung folgendes zu tun ..." [Text wie oben]. Hier: "Habe ich bereits getan". Erhebungswellen: (1) 14.12.2015 (2) 06.02.2016 (3) 25.04.2016

Auffällig ist, dass die Teilnehmer der zweiten Welle überproportional häufig außerhalb Dresdens wohnen. Während es in der ersten Welle 49 % betrifft, sind es in der zweiten Welle 61 % und in der dritten 51 %. Dass die Teilnehmer immer dann mehrheitlich von außerhalb Dresdens stammen, wenn die Teilnehmerzahlen besonders hoch sind, hatte auch schon ein Vergleich früherer Erhebungen nahelegt (Reuband 2016a). Die Tatsache, dass in dem Umland – wie der Sächsischen Schweiz – rechte Einstellungen und rechtes Wahlverhalten weiter verbreitet sind als in Dresden (Reuband 2015: 136 f.), wirkt sich hier womöglich aus. Das Rekrutierungspotential ist größer.

Dass Teilnehmer der dritten Erhebungswelle engagierter sind als die der vorangegangenen Kundgebungen, ist keine Folge der geographischen Herkunft: Sowohl unter den Dresdnern als auch den Nicht-Dresdnern gilt, dass die Teilnehmer der dritten Welle am häufigsten und die Teilnehmer der zweiten Welle am seltensten Pegida Veranstaltungen besucht haben. Desgleichen gilt, dass das unterschiedlich große aktive Engagement, das in der Vergangenheit gezeigt wurde, wie Fahne tragen etc., bei Dresdnern wie bei Nicht-Dresdnern in der dritten Welle am weitesten verbreitet ist.

Unter den Nicht-Dresdnern ist das Ausmaß des Engagements sogar noch ausgeprägter. So gaben in der dritten Welle 24 % der Dresdner an, schon mal ein Banner/Plakat getragen zu haben. Und 25 % gaben an, eine Fahne getragen zu haben. Unter den Nicht-Dresdnern liegen die entsprechenden Zahlen demgegenüber bei 45 % bzw. 44 %. Ihre Bindung an Pegida ist, daran gemessen, also weitaus stärker - und dies, so kann man vermuten, stellt für sie auch einen bedeutsamen Antrieb dar: einen Antrieb, der sie vergessen lässt, wie groß der Aufwand ist, um sich der Kundgebung wegen eigens nach Dresden zu begeben. Je größer die materiellen und immateriellen Kosten der Handlung sind, desto größer muss der wahrgenommene Nutzen sein, um die Handlung zu bewirken.11

5. Politisches Selbstverständnis und Wahlhistorie

Die Teilnehmer unterscheiden sich in den drei Erhebungen nicht nur in ihrem Engagement, sondern auch in ihrer politischen Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts Kontinuum: Die Zahl derer, die sich politisch auf der Skala rechts (7+) einstufen, steigt von Welle zu Welle an (*Tabelle 3*). ¹² In der ersten und zweiten Welle stellen die Personen, die man der Mitte zurechnen kann, noch die Mehrheit. In der dritten Welle jedoch ist ihre Zahl gesunken. Es gibt nun mehr Befragte, die sich rechts als in der Mitte positionieren. Ihr Anteil ist von 37 % auf 54 % gestiegen. Der stärkste Einschnitt liegt beim Übergang von der zweiten zur dritten Welle, der Anstieg beläuft sich auf 13 Prozentpunkte, während er von der ersten zur zweiten Welle 4 Prozentpunkte beträgt.

Unter den Dresdnern liegt die durchschnittliche Häufigkeit der Pegida Teilnahme in der ersten Welle bei 27-mal, der zweiten bei 25-mal, der dritten bei 37-mal. Unter den Nicht-Dresdnern liegen die entsprechenden Werte bei 24-mal, 16-mal, 35-mal.

Der Nutzen im Rahmen des Rational-Choice Kalküls wäre hier, den eigenen Ansichten und Normen gemäß zu handeln und als befriedend zu erleben. Man könnte das Handlungsprinzip im Übrigen ebenso kognitiv ausgerichteten Handlungstheorien gemäß formulieren unter Rekurs auf konsonante und dissonante Kognitionen bzw. Definitionen (wonach das Verhältnis von positiven zu negativen Kognitionen entscheidend ist und es umso mehr positiver Kognitionen bedarf, je mehr dissonante bestehen).

Die Zahl derer, die keine Angaben machten oder die Einstufung explizit in Frage stellen, ist gering. In den ersten beiden Wellen liegt der Anteil bei 6 %, in der dritten bei 11 %. Befragte, welche die Frage explizit in Frage stellen, zählen überproportional zu den besser Gebildeten und sind überproportional politisch interessiert (78 % "sehr stark"). Befragte, die keine Angaben machten, sind überproportional unsicher, ob und wen sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Sie sind auch wenig politisch interessiert (29 % "sehr stark"). Diejenigen, die sich einstufen, bekunden (auf der fünfstufigen Skala) zu 45 % ein "sehr starkes" politisches Interesse. Hinweise dafür, dass sich unter den Befragten ohne Einstufung in größerem Umfang ein rechtes Wählerpotential befindet (gemessen an den Fragen zu Parteipräferenzen), der Anteil der "Rechten" also höher anzusetzen ist, ergeben sich nicht.

Tabelle 3: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala im Zeitverlauf (in %)

	Welle				
	(1)	(2)	(3)		
1 Links	1	1	-		
2	1	1	2		
3	5	2	2		
4	4	3	5		
5	18	21	12		
6	35	30	25		
7	21	19	20		
8	12	16	22		
9	2	3	7		
10 Rechts	2	3	5		
	100	100	100		
(N=)	(297)	(460)	(185)		

Frageformulierung: "In der Politik wird oft von 'links' und 'rechts' gesprochen. Wo würden Sie sich in der Hinsicht auf einer Skala von 1 bis 10 einstufen, wobei 1 'links' bedeutet und 10 'rechts'. Mit den Werten dazwischen können Sie abstufen."

Es handelt sich, was in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden sollte, bei dem beschriebenen Wandel nach rechts um einen graduellen Wandel, keinen grundsätzlichen. Die Verschiebungen erfolgen vor allem zu den der Mitte benachbarten Kategorien. Natürlich ist die Frage, wie viele Personen der Mitte zugerechnet werden, auch davon abhängig, wie weit die jeweiligen Kategorien gefasst werden. Benannt sind lediglich die Endpunkte der Skala. Würde man in der 10er Skala die Mitte nicht (wie in der Forschung üblich) über die Werte 5 bis 6 definieren (bzw. in einer 5er Skala über die 3), sondern weiter fassen (etwa über die Werte 4 bis 7), würden sich die Verhältnisse verschieben, und die Teilnehmer mit einer eher rechten Selbsteinstufung blieben auch in der dritten Erhebungswelle weiterhin eine Minderheit.

Die vorgenommene Zurechnung auf der Links-Rechts-Skala muss sich nicht zwingend mit dem politischen Selbstverständnis der Befragten decken. Schließlich ist die Skala nur von ihren Endpunkten her benannt. Wer als "rechts" eingestuft wird, muss sich politisch nicht als rechts stehend verstehen. Er sieht sich womöglich eher als konservativ an, als rechts-konservativ oder als in der Mitte stehend.¹³

Gemessen an der Parteiensympathie jedenfalls kann als gesichert gelten, dass auch diejenigen, die auf der Links-Rechts-Skala eine rechte Position einnehmen, mehrheitlich keine Anhänger rechtsextremistischer Parteien sind. Es ist die AfD, die bei ihnen die Sympathiewerte auf sich vereint, nicht die NPD. Entsprechend verhält es sich mit den Wahl- und Parteipräferenzen (Reuband 2016a).

Wie aber sieht es mit ihrer bisherigen Wahlhistorie, ihrer Wahlbiographie, aus? Mag auch die AfD bei ihnen derzeit die größte Popularität genießen, so ist doch denkbar, dass der Weg dorthin einst über die Wahl rechtsextremer Parteien führte. In der dritten Erhebungswelle stellten wir deshalb die Frage, welche Parteien seit 1990 schon mal bei einer Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl gewählt worden waren. Daraufhin bekundeten 70 % aller Befragten, sie hätten schon mal die CDU gewählt, 18 % die SPD, 24 % die FDP und 20 % die Linke. Für die NPD hatten schon mal 19 % optiert.

Tabelle 4: Jemals gewählte Partei nach Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, 3. Welle (Mehrfachnennungen in %)

	Selb			
	Links	Mitte	Rechts	Gesamt
CDU	60	65	74	70
SPD	33	21	14	18
FDP	13	25	24	24
Bündnis 90/Die Grünen	13	6	5	6
Die Linke, PDS	53	21	14	20
AfD	-	29	32	28
NPD	7	11	26	19
Sonstige Rechte*	-	2	4	3
Sonstige	-	5	8	6
(N=)	(15)	(63)	(99)	(177)

^{*}z.B. DVU, Republikaner

Frageformulierung: "Welche Parteien haben Sie seit 1990 schon mal bei einer Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl gewählt?" [Offene Frage]

Basis: Befragte, die bei früheren Wahlen wahlberechtigt waren und eine oder mehrere Parteien angaben.

Ob jemand, der auf der 10er Skala einen Wert höher als 6 einnimmt (nicht aber den als "rechts" bezeichneten Endpunkt 10), sich selbst als rechts bezeichnet, dürfte auch von den eigenen und der in der Bevölkerung allgemein verbreiteten Vorstellung von "links" und "rechts" abhängen, insbesondere von der wahrgenommenen Positionierung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala. Je mehr in der Wahrnehmung der Bevölkerung rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien den Parteienraum rechts einnehmen und je weniger die CDU/CSU – wie im Verlauf der letzten Jahre der Fall (Neuendorf 2011: 238,

Infratest dimap 2015) –, desto eher dürfte in der Bevölkerung der Begriff "rechts" mit "rechtsextrem" konnotiert sein.

Fast alle der Befragten äußerten sich dazu. Keine Angaben (oder explizite Verweigerung) finden sich bei den als "links" eingestuften bei 6 %, "Mitte" bei 10 % und "rechts" lediglich bei 1 %. Von einer überproportionalen Neigung, die eigenen vergangenen Neigungen nicht preiszugeben, kann bei den "Rechten" in der Umfrage mithin nicht gesprochen werden.

Die anderen rechten Parteien wie Republikaner, DVU nehmen eine marginale Position ein. Sie vermögen den Anteil für die rechten Parteien auch nicht zu erhöhen, weil sie sich mit dem Kreis der NPD Wähler erheblich überschneiden.

Welche Parteien gewählt wurden, ist von der eigenen politischen Selbsteinstufung erwartungsgemäß nicht unabhängig (*Tabelle 4*): Unter den Befragten mit rechter politischer Einstufung gingen die Wahlentscheidungen überproportional oft zugunsten der CDU aus und unterproportional zugunsten der SPD, der Linken und der Grünen. Überproportional häufig waren ebenfalls Entscheidungen zugunsten der NPD. Deren Anteil gelangt über einen Wert von 26 % allerdings nicht hinaus. Nur wenn man sich auf die Befragten bezöge, die auf der Links-Rechts-Skala einen Wert von 10 einnehmen (also den explizit mit "rechts" bezeichneten Endpunkt), träfe man mehrheitlich Personen an, die schon mal die NPD gewählt haben.

Des Weiteren zeigt sich bei Differenzierung nach geographischer Herkunft, dass die Befragten, die von außerhalb Dresdens stammen, sich in der Vergangenheit häufiger schon mal für rechte Parteien entschieden. Während 13 % der Dresdner schon mal die NPD wählten (20 % derer mit rechter Einstufung), sind es bei den Nicht-Dresdnern mit 25 % fast doppelt so viele (33 % bei denen mit rechter Einstufung). Damit scheint die zuvor geäußerte Annahme weiter bestätigt zu werden, derzufolge die Mobilisierung von Personen außerhalb Dresdens verstärkt Personen mit einer rechten Wahltradition umfasst. Die im Umland von Dresden stärker verbreitete Wahl der NPD in vergangenen Wahlperioden wirkt sich hier vermutlich ebenso aus wie die Tatsache, dass es einer besonders starken Nähe zur Pegida Programmatik bedarf, um weite Wege zu den Pegida Kundgebungen in Kauf zu nehmen.¹⁶

Gleichwohl: auch im Fall der Nicht-Dresdner gilt, dass die Mehrheit über keine rechten Wahltraditionen verfügt. Damit ergibt sich als Fazit, was bereits in den früheren Analysen konstatiert wurde (vgl. Rucht et al. 2015, Reuband 2015, 2016a, Patzelt 2016): dass die Pegida Teilnehmer (selbst mit Positionierung rechts von der Mitte) von ihrem Selbstverständnis her mehrheitlich nicht als aktuelle oder potentielle Wähler rechtsextremer Parteien anzusehen sind. Für sie stellt vielmehr die rechtspopulistische AfD die Alternative dar. Sie ist es, in der sich die Pegida-Anhänger mit ihren Anliegen am ehesten repräsentiert sehen. ¹⁷

6. Veränderungen in der Positionierung auf der Links-Rechts-Skala

Die Verschiebung nach rechts in der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum von der ersten zur dritten Erhebungswelle betrifft vor allen die Kategorien, die an die Mitte angrenzen. Legt man die Selbsteinstufung (aus Gründen der Vergleichbarkeit mit früheren Studien) in Form einer (umgerechneten) 5er Skala zugrunde, ergibt sich in der ersten Welle ein durchschnittlicher Wert von 3.3, in der zweiten von 3.4 und der dritten von 3.5.18 Die Verschiebung ist weitgehend unabhängig von der Verschiebung in der Teilnahmehäufigkeit und des Engagements und ebenso von der Ortsansässigkeit. 19

Dass es sich um ein Artefakt des methodischen Zugangs handelt – es den Interviewern in der zweiten und vor allem der dritten Erhebungswelle besser ge-

Es ist das gleiche Argument, das wir an anderer Stelle vorgebracht haben, um das starke Engagement der Nicht-Dresdner zu erklären. Danach handelt es sich um einen Selektionseffekt, der unter den gegebenen Restriktionen/Kosten bestimmte Personen eher zur Teilnahme motiviert, als andere.

Auch in der dritten Erhebungswelle würden sich mehr als vier Fünftel der Befragten (83 %, unter denen mit rechter Einstu-

fung gar 87 %) bei einer Bundestagswahl für die AfD entscheiden. Im Vergleich zur Frühphase der Bewegung haben sich die Wahlpräferenzen damit zugunsten der AfD verschoben – eine Folge, vermutlich der Neustrukturierung und Neufokussierung der Partei auf die Flüchtlingsthematik anstelle der EU- und EURO-Thematik (Reuband 2016a). Die NPD käme (ähnlich wie zuvor) in der dritten Erhebungswelle auf weniger als 5 %. Anzunehmen ist zwar, dass sich Personen mit extrem rechter Positionierung und NPD Präferenzen überproportional der Teilnahme an der Befragung entziehen. Dass sich das Bild dadurch grundlegend ändern sollte, ist nach den Erfahrungen mit Ausfällen in Befragungen jedoch nicht anzunehmen.

Verwendet wird hier die Umwandlung der 10er Skala in eine Ser Skala, um eine Vergleichbarkeit mit Werten einer 5er Skala bei anderen Autoren (wie Patzelt 2016) zu ermöglichen. Im vorliegenden Fall hat es zudem den Vorteil, Personen klassifizieren zu können, die sich auf der 10er Skala zwischen zwei Werten positionieren oder mehrere benachbarte Werte wählten. Konsistent mit den beschriebenen Veränderungen nach rechts ist, dass auch rechts-nationale politische Ansichten (von denen zu Ausländern/Islam abgesehen) im Zeitverlauf an Bedeutung gewonnen haben: die Zahl derer gestiegen ist, die von sich sagen, sie wären stolz, Deutscher zu sein, man solle wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben, Deutschland solle seine Eigeninteressen in der Weltpolitik stärker vertreten.

¹⁹ Bei den Dresdnern ist der Effekt etwas schwächer, weil im Zeitverlauf ebenfalls der Anteil von Personen mit einer eher linken Selbsteinstufung leicht zunimmt. Dadurch bedingt ergibt sich bei den Nicht-Dresdnern eine statistisch signifikante Korrelation mit dem Erhebungsverlauf, die erste bis dritte Welle betreffend (r= .18, p<0,001) und bei den Dresdnern keine Korrelation (r= .05, n.s.). Die Unterschiedlichkeit der Effekte bleibt auch dann bestehen, wenn man zusätzliche Kontrollvariablen in die Analyse einbezieht. Diese sind: Häufigkeit der Teilnahme am Pegida Protest, Engagement (Banner tragen, Fahne tragen), Alter, Bildung, Geschlecht. Die Beziehung zwischen Links-Rechts-Einstufung und Häufigkeit der Protestteilnahme, ist im Übrigen insgesamt recht schwach (r= .05) und erreicht auch keine statistische Signifikanz. Etwas stärker, aber keineswegs beeindruckend (r= .06), ist der Zusammenhang mit dem Engagement-Niveau, das Signifikanzniveau von 0,05 wird knapp verfehlt.

lungen sein könnte, Personen mit politisch rechtem Einstellungsprofil als Interviewpartner zu gewinnen –, halten wir für unwahrscheinlich. Das Gros der Interviewer bestand aus Studenten der Politik- und Sozialwissenschaften der TU Dresden, die bereits vorher mehrfach Erfahrungen mit face-to-face Befragungen auf Pegida Kundgebungen gesammelt hatten. Auch die Interviewer, die zusätzlich eingesetzt waren und von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf kamen, ebenfalls Studenten der Sozialwissenschaften, verfügten über Erfahrungen mit der Kontaktaufnahme in Interviewsituationen (an der dritten Welle, in der sich die stärkste Veränderung abzeichnete, waren sie ohnehin nicht beteiligt).

Die veränderte politische Selbsteinstufung stellt einen bemerkenswerten Befund dar – zeigte sich doch im Langzeitvergleich bislang eine weitgehende Stabilität in der Links-Rechts-Einstufung: im Januar 2015 lag der Wert auf der 5er Skala bei 3.2, im April und Mai 2015 sowie im Januar 2016 konstant bei 3.3 (Patzelt 2016: 168). Der Wandel ist damit einer, der offenbar erst zu Beginn des Jahres 2016 eingesetzt hat. Inwieweit dies ein Hinweis für Änderungen im Selbstverständnis oder Änderungen in der Rekrutierung der Teilnehmer ist, Folge der Schrumpfung auf einen "harten Kern" oder ein idiosynkratisches Ergebnis darstellt, das spezifisch für die Kundgebung ist, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Wir vermuten, dass die Verschiebung in erster Linie etwas mit der geringen Zahl der Teilnehmer zu tun hat – mit der Schrumpfung auf einen harten Kern. Was bedeutet: steigt die Zahl der Teilnehmer wieder an, wird sich vermutlich auch wieder die Einstufung auf dem Links-Rechts Kontinuum zur Mitte hin bewegen. Dass es unabhängig davon ebenfalls einen schleichenden Trend im politischen Selbstverständnis nach "rechts" hin gibt, kann gleichwohl nicht ausgeschlossen werden. Die Tatsache, dass sich eine entsprechende Entwicklung schon in der zweiten Welle abzeichnete, als die Teilnehmerzahlen überproportional hoch lagen, ist ein Indiz dafür.

7. Veränderungen im ethnozentrischen Einstellungsprofil

Vergleicht man die Einstellungen zu Ausländern und zu Muslimen über die drei Wellen hinweg – es handelt sich um die zentralen Themen des Pegida Protests –, ist eine zunehmend kritische bis feindselige Haltung unverkennbar. Die Veränderungen, gemessen am Anteil derer, die die Items (auf einer vierstufigen Skala) "voll und ganz" bejahen, sich also auf die stärkste Form der Bejahung beziehen, sind allerdings in vielen Fällen nicht sehr groß – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. Am geringsten sind Veränderungen in den Einstellungen zu Ausländern (deren Wahrnehmung durch die Flüchtlingswelle eine Veränderung erfahren haben dürfte und komplexerer Natur ist als vielfach angenommen). Am größten sind sie in der Frage des Umgangs mit Muslimen. Den Satz, dass man die Zuwanderung von Muslimen untersagen solle, bejahten im Dezember 2015 38 % der Befragten "voll und ganz" und im April 56 %. Und dem Satz, dass man den Bau von Moscheen verbieten solle, stimmten im Dezember 2015 67 % zu und im April 2016 86 %. (*Tabelle 5*).

Würde man sich nicht nur auf diejenigen beziehen, die den Aussagen "voll und ganz" zustimmen, sondern auch diejenigen einbeziehen, die "eher" zustimmen, steigen die Zahlen naturgemäß weiter an. Dann wäre bereits in der ersten Welle eine überwiegende Ablehnung des Islam und von Muslimen deutlich: Im Fall der Aussage, man sollte die Zuwanderung von Muslimen untersagen, käme man in der ersten Welle auf einen Wert von 70 %, in der zweiten auf 74 % und der dritten auf 87 %. Das wäre eine Größenordnung, welche die entsprechenden Werte in der Bevölkerung um mehr als das Doppelte überschreitet. In

²⁰ Vergleichsdaten für die Zeit vor der Pegida Entstehung gibt es für Dresden vom Frühjahr 2014 (Reuband 2015: 137). In Dresden meinten damals 45 %, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe (Zustimmung zu dem Statement "voll und ganz" oder "eher"), Der entsprechende Anteil ("voll und ganz"/,,eher") liegt bei den Pegida Teilnehmern hingegen weitaus höher: in der ersten Welle bei 90 %, in der dritten Welle gar bei 94 %. Weil der Begriff "Ausländer" nach dem massiven Flüchtlingszuzug anders konnotiert sein dürfte, ist ein Vergleich der Antworten mit denen der Pegida Befragten allerdings problematisch. Ein stringenter Vergleich wäre nur möglich mit Daten aus der gleichen Zeit. Von einer generalisierten, rassistisch ausgerichteten Ausländerfeindlichkeit kann trotz der obigen Äußerungen bei der Mehrheit der Pegida Teilnehmer nach Befunden unserer Studie nicht gesprochen werden: 45 % der Befragten gaben z.B. an (erfragt in der ersten und zweiten Welle), Ausländer in der Verwandtschaft oder im Freundeskreis zu haben. 33 % berichteten Ähnliches vom Arbeitsplatz. Auch wenn es sich vermutlich im Vergleich zum Westen eher um Personen aus dem benachbarten osteuropäischen Ausland handelt (wo gegenüber Migranten eine skeptischere, eher ablehnende Haltung eingenommen wird als im Westen), bleibt als Tatbestand, dass sie Ausländer sind und damit zugleich teilweise auch eine andere Weltsicht vermitteln. Auch stimmten (in der dritten Welle erfragt) 67 % "voll und ganz" oder "eher" dem Statement zu "Mit den meisten Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien fliehen, habe ich Mitleid." Desgleichen gab eine Mehrheit an, sich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge zu schämen ("Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge"). In der dritten Welle waren es 62 %, die sich entsprechend äußerten.

Tabelle 5: Einstellungen im Zeitverlauf (Zustimmung "voll und ganz" in % und Pearson r)

	Welle		;	Prozentpunkt	Pearson
	(1)	(2)	(3)	Differenz (3/1)	r
In Deutschland leben zu viele Ausländer	56	53	61	+5	.03
Wenn es weniger Ausländer gäbe, würde es weniger Kriminalität geben	55	62	66	+11	.09**
Die meisten Asylbewerber missbrauchen das deutsche Asylrecht	69	73	76	+7	.06
Man sollte an den Grenzen Österreichs einen Zaun bauen, um die Flüchtlinge abzuhalten	55	63	73	+18	.15***
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden	38	40	56	+18	.15***
Der Bau von Moscheen sollte in Deutschland verboten werden	67	72	86	+19	.15***
Es macht mir Angst, dass viele Flüchtlinge kommen	78	79	77	-1	.01

Die Korrelationskoeffizienten beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen dem Gesamtspektrum der Antwortoptionen (Codierung 1= "stimme überhaupt nicht zu … 4= stimme voll und ganz zu") und der Erhebungswelle (Codierung 1 bis 3).

Statistische Signifikanz: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001

Frageformulierung: "Bitte geben Sie für jede Aussage an, wie sehr Sie ihr zustimmen oder sie ablehnen" Antwortkategorien: "Stimme voll und ganz zu", "stimme eher zu", "stimme eher nicht zu", "stimme überhaupt nicht zu" [Formulierungen wie oben aufgeführt. Hier: "Stimme voll und ganz zu"].

der Bevölkerung liegt der entsprechende Wert in dieser Zeit bei 41 %.²¹

Angesichts der Tatsache, dass der Fokus der Rhetorik auf den Pegida Kundgebungen und das Selbstverständnis der Bewegung auf den Islam und die Muslime ausgerichtet ist (dazu vgl. auch Currle et al. 2016, Vorländer et al. 2016: 32), ist es an sich nicht verwunderlich, dass man den Muslimen gegenüber eine besonders ablehnende Haltung entgegenbringt. Bemerkenswert ist vielmehr die Stärke der Abweichung von der Meinungsverteilung in der Bevölkerung. Das ist auch dann der Fall, wenn man weitere Meinungsäußerungen in den Vergleich einbezieht. So waren z.B. (lediglich in der dritten Welle erfragt) die Mehrheit (84 %) der Pegida Teilnehmer der Meinung, dass der Islam insgesamt eine Bedrohung darstellt und es nicht nur bestimmte Gruppen sind, von denen eine Gefahr ausgeht. Für die Bevölkerung erbrachten Umfragen, die einige Monate früher durchgeführt worden waren, hingegen ein umgekehrtes Meinungsverhältnis: sahen weitaus mehr Menschen die Bedrohung in spezifischen Gruppen als dem Islam selbst.²²

Bemerkenswert ist freilich auch, dass der Trend in der Bevölkerung der Entwicklung unter den Pegida Anhängern ähnlich ist, diese also in gewissem Umfang – wenn auch verschärft, auf höherem Niveau – eine allgemeine Entwicklung widerspiegelt. So vertraten in einer bundesweiten Befragung im Jahr 2014 37 % und im Januar/Februar 2016 41 % der Befragten die Meinung, dass man Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen solle (Decker et al. 2016: 50). Gefragt, ob man die Migration aus überwiegend muslimischen Ländern stoppen solle, bekundeten im Dezember 2016 (womöglich) sogar 53 % der Bundesbürger eine entsprechende Haltung (Goodwin et al. 2016). Die Frageformulierung der

In der Erhebung, die in der Zeit vom 20. Januar bis zum 16. März 2016 stattfand, äußerten sich in dieser Weise – bei identischer Frageformulierung und Fragekonstruktion – 41 % der Befragten (Decker et al. 2016: 50). Es handelt sich bei dieser Untersuchung um eine face-to-face Befragung mit einem schriftlich zu beantwortenden Fragebogenteil. Unter diesen Umständen sind die sozial erwünschten Antworttendenzen reduziert und ist am ehesten eine Vergleichbarkeit mit unserer Untersuchung gegeben.

Die Frageformulierung wurde von uns Umfragen des Instituts für Demoskopie entnommen. In der Umfrage, in der zuletzt bundesweit die Frage gestellt wurde – sie stammt vom Mai 2015 – waren 73 % der Meinung, es beträfe nur bestimmte Gruppen. Lediglich 21 % sahen den Islam insgesamt als Bedrohung (Institut für Demoskopie, persönl. Mitteilung). Im Vergleich zu Februar 2015 war letztere Zahl allerdings leicht angestiegen. Ob und wie sehr sie in der Folgezeit stieg, ist unklar (die Frage wurde bislang nicht wieder gestellt). Dass sich die Verhältnisse in der Folgezeit grundlegend verändert haben sollten, ist freilich unwahrscheinlich.

Im Vergleich zu 2014, wo der Wert bei 37 % lag, ist dies ein nur leicht erhöhter Wert. Wie es sich in der Zeit davor verhielt, ob — wie manche Daten es andeuten — die Zustimmungswerte niedriger lagen, ist aufgrund der anderen Fragemethodologie ungeklärt. Die früheren Erhebungen wurden telefonisch durchgeführt (vgl. Zick et al. 2016). Gegenüber face-to-face Befragungen (zumal solchen mit schriftlichen Befragungsteil wie bei Decker et al. 2016) dürften soziale Erwünschtheitseffekte stärker wirken und positive Aussagen über Ausländer und Migranten begünstigen (dazu vgl. auch Reuband 2017).

letztgenannten Umfrage ist zwar nicht mit der zuvor zitierten identisch, aber sie ist ihr angenähert, weswegen man sie (wenn auch mit der gebotenen methodischen Vorsicht) an dieser Stelle zusätzlich in die Betrachtung einbeziehen kann.²⁴

8. Wahrgenommene Bedrohungen durch Flüchtlingszustrom

Einer von Kommentatoren oftmals vertretenen Ansicht zufolge, drückt sich im Protest von Pegida und anderen "Wutbürgern" eine diffuse Ängstlichkeit aus, die an den "Fremden" festgemacht wird. Es ist die Rede von einer "irrationalen Angststörung", die für notwendige, eher abstrakte Argumente "unempfänglich macht" (so z.B. Volkmann 2017: 30 f.). Aus

Sicht der Pegida Teilnehmer jedoch gibt es sehr wohl Argumente – weniger in Form diffuser Ängste, sondern spezifischer Sorgen. Es sind Sorgen, die von steigender Belastung des Staatshaushaltes bis hin zu Sorgen um einen zu großen Einfluss des Islam reichen. Wie berechtigt oder unberechtigt sie auch sein mögen²⁵ – für die Befragten sind sie Teil ihrer subjektiven Realitätsdefinition und haben aus ihrer Sicht einen rationalen Kern. Und wenn Menschen eine Situation als real definieren, ist sie real in ihren Konsequenzen (Thomas 1928/1965).

Insgesamt, so belegt *Tabelle* 6, bewegen sich die Befürchtungen der Pegida Teilnehmer, was den Flüchtlingszuzug angeht, auf einem extrem hohen Niveau.

Tabelle 6: Sorgen im Zusammenhang mit Flüchtlingszuzug im Zeitverlauf (Zustimmung "voll und ganz" in % und Pearson r)

		Welle		Prozentpunkt	Pearson
	(1)	(2)	(3)	Differenz (3/1)	r
Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt	90	90	91	+1	.01
Konkurrenz auf Wohnungsmarkt größer wird	71	68	71	0	01
Kosten der Unterbringung und Versorgung zu hoch werden	84	86	87	+3	.03
Einflüsse des Islam in Deutschland zu stark werden	87	88	95	+8	.08**
Zahl der Straftaten zunimmt	74	80	83	+9	.09**
Terrorgefahr in Deutschland steigt	77	82	87	+10	.09**
Einflüsse fremder Kulturen in Deutschland zu stark werden	68	74	77	+9	.08
Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt größer wird		38	46	+12	.07*
Frauen und Mädchen sexuell bedroht werden	-	74	81	-	.05

Die Korrelationskoeffizienten beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen dem Gesamtspektrum der Antwortoptionen (Codierung 1 bis 4) und der Erhebungswelle (Codierung 1 bis 3).

Statistische Signifikanz: *p<0,05; **p<0,01; ***P<0,001

Frageformulierung: "Welche Sorgen haben Sie im Zusammenhang mit den zu uns kommenden Flüchtlingen? Ich befürchte, dass durch die Flüchtlinge, die … [Formulierungen wie oben aufgeführt] Antwortkategorien: "Stimme voll und ganz zu", "stimme eher zu", "stimme eher nicht zu", "stimme überhaupt nicht zu" [Hier: "Stimme voll und ganz zu"] - nicht erfragt

²⁴ Es ist nicht die Rede davon, Muslimen generell den Zuzug zu untersagen, sondern davon, dass man den Zuzug von Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern stoppen sollte. Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern aber sind fast immer Muslime. Durch die "weiche" Formulierung könnte es sein, dass die Zustimmung etwas höher ausfällt als bei Fragen, die direkt den Zuzug von Muslimen ansprechen. Andererseits kann ebenfalls nicht ausgeschlossen werden, dass das Ausmaß der Zustimmung leicht unterschätzt wird: Die Antwortkategorien der Frage differenzieren zwischen Zustimmung, Ablehnung und Weder/Noch. Würde man letzteren Wert zur Hälfte oder ganz der Zustimmung dazurechnen (zu diesem methodischen Problem siehe auch Reuband 2017), würde der Zustimmungsanteil weiter steigen. Inwieweit die Tatsache, dass die Befragung eine Online-Befragung darstellt (mit Anspruch auf Repräsentativität für die Bundesbürger als Ganzes), die anderen Erhebungen aber eine face-to-face Befragung mit schriftlichen Beantwortungsteil, ist eine offene Frage.

²⁵ Man kann die geäußerten Sorgen an sich nicht von vornherein als unrealistisch abtun, sie haben einen realen Bezug. Die Frage ist eher, ob die Probleme in ihrem Umfang und der Schwere überschätzt oder unterschätzt werden. Manches ist zudem keine Frage der Gegenwart, sondern der Zukunft. Die Effekte des Flüchtlingszustroms auf die Kriminalität sind z.B. neuen Statistiken zufolge bislang vernachlässigenswert. Aber es ist nicht ausgeschlossen (was im öffentlichen Diskurs oftmals übersehen wird), dass sich dies ändert: nicht nur, weil junge Männer generell eher zu Kriminalität neigen, sondern auch weil Probleme der Integration hier eine Schlüsselrolle einnehmen: wenn Erwartungshaltungen (die z.T. unrealistisch sein mögen) und Realisierungschancen, was das Erreichen materieller (oder immaterieller) Ziele angeht, massiv auseinanderfallen (so wie es das klassische Modell der Anomietheorie von Robert K. Merton (1968) spezifiziert).

Es ist weitaus höher als es bundesweite Daten ausweisen. ²⁶ Ähnlich wie im Fall der zuvor genannten Einstellungen gegenüber Ausländern und Muslimen, nehmen die Negativäußerungen im Verlauf der drei Erhebungswellen in der Regel zu (in vielen Fällen allerdings sind die Werte bereits so hoch, dass eine weitere Steigerung kaum mehr möglich ist). Vereinzelt gibt es auch Ausnahmen: so ändert sich z.B. nichts an der wahrgenommenen Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Alles in allem aber ist das Gesamtbild in sich stimmig: der negative Verlauf in den Einstellungen findet sein Pendant im negativen Verlauf der Sorgen, die auf den Flüchtlingszuzug bezogen sind.

Analysiert man den Trend unter Berücksichtigung des Engagements bei Pegida, bleiben die beschriebenen Tendenzen bestehen. Dies gilt im Wesentlichen auch, wenn man die politische Selbsteinstufung zugrundelegt. Allerdings wird - gemessen an den Prozentpunktdifferenzen und den Korrelationskoeffizienten – ebenfalls deutlich, dass die zunehmende Ausgrenzung nicht überall gleich stark ausfällt, sie vollzieht sich überproportional unter den Personen, die sich politisch in der Mitte bis rechts positionieren (*Tabelle* 7).²⁷ So stimmten z.B. in der ersten Welle 29 % der "Linken" "voll und ganz" dem Satz zu, man solle die "Zuwanderung von Muslimen untersagen". In der dritten Welle beläuft sich der Wert bei ihnen auf 33 %. Das sind gerade mal vier Prozentpunkte mehr. Bei den Befragten mit politischer Selbsteinstufung rechts von der Mitte nahm der Anteil hingegen um 18 Prozentpunkte – von 43 % auf 61 % – zu.

Ob es sich bei dem letztgenannten Anstieg um einen Selektionseffekt handelt, der aus der Schrumpfung

auf einen harten Kern der Teilnehmer resultiert, oder um eine Radikalisierung innerhalb des bestehenden Teilnehmerkreises, muss an dieser Stelle offen bleiben. Ohne eine Panelstudie kann die Frage nicht geklärt werden. Wir halten es für wahrscheinlich, dass Selektion *und* Wandel innerhalb des Teilnehmerkreises zusammen die Veränderungen bewirken. Im letzteren Fall hieße das: die Radikalisierung findet überproportional unter denen statt, die bereits aufgrund ihrer Orientierung eine Disposition dafür aufweisen. Umgekehrt dürfte bei denen, die sich eher links einstufen, eine gewisse Abschottung gegenüber Informationen üblich sein, die sich weniger gut in das eigene Überzeugungssystem einfügen lassen. In beiden Fällen sind es Prinzipien kognitiver Konsistenzbildung, die ihre Wirkung entfalten. Konsistente Informationen werden eher in das eigene Einstellungssystem übernommen als dissonante.

Und damit wird zugleich die Frage nach den Informationsquellen aufgeworfen, auf die sich die Pegida Teilnehmer stützen. Welche Informationsquellen benutzen sie? Und welche Konsequenzen hat die Mediennutzung für ihre Einstellungen? Was man mit unserer Erhebung erfassen kann, sind die gegenwärtigen Informationsquellen und deren Effekte. Inwieweit es in früherer Zeit bereits eine nachhaltige Prägung durch selektive Informationsaufnahme gab, muss ungeklärt bleiben. So vermögen Medien zweifellos in den Phasen einen größeren Effekt zu bewirken, in denen sich das Meinungsbild der Befragten noch weitgehend in einem Frühstadium befindet und von Widersprüchen nicht frei ist. Sobald sich erst mal die Einstellungen auskristallisiert haben, ist das Veränderungspotential reduziert. Selektive Informationsaufnahme und -vermittlungen führen dann häufig zur kumulativen Bekräftigung bestehender Einstellungen. Biographisch ausgerichtete Analysen der Mediensozialisation sind allenfalls mittels Panelanalysen möglich, Retrospektivfragen helfen nicht allzu sehr weiter.²⁸

²⁶ Im Vergleich zu den Bundesbürgern geben sich die Pegida Befragten weitaus besorgter. So stimmten z.B. 99 % dem Satz ("voll und ganz/eher") zu, dass die "Zahl der Straftaten zunimmt". In der Bevölkerung äußerten sich im März 2016 lediglich 60 % in dieser Weise. In Bezug auf die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkts liegt der Wert in der Pegida Befragung bei 94 %, in der Bevölkerung bei 57 %, in Bezug auf den steigenden Islameinfluss bei Pegida bei 99 %, in der Bevölkerung bei 50 % (zu den Befunden der bundesweiten Umfrage vgl. Infratest dimap 2016b). In der bundesweiten Bevölkerungsumfrage wird die Frage zwar mit einer dichotomen Antwortoption angegangen, während dies bei uns in Form einer vierstufigen Skala stattfindet. Nennenswerte Auswirkungen dürften daraus jedoch nicht erwachsen (vgl. Reuband 2002).

Die Prozentpunktdifferenzen finden als Kriterium ihre Grenzen darin, dass sie von Deckeneffekten nicht unabhängig sind. Sind die Werte bereits von Anfang an hoch, sind Steigerungen kaum mehr möglich. Die Korrelationskoeffizienten, die zusätzlich in die Übersicht aufgenommen sind, beziehen das gesamte Spektrum der Antworten in die Betrachtung mit ein. Sie beschränken sich also nicht auf diejenigen, die "voll und ganz" zustimmen und konfrontieren sie mit dem Rest. Sie decken aus dieser Sicht das Spektrum des Wandels etwas genauer ab.

Vertreten wird hiermit ein Stufenmodell des Medieneinflusses, nicht unähnlich den Stufenmodellen in anderen Bereichen der Soziologie (wie der Soziologie abweichenden Verhaltens oder der Handlungstheorie von Paul F. Lazarsfeld in Form seiner "Reason Analysis"). Danach wirken unterschiedliche Einflussgrößen in jeweils variierender Konstellation in unterschiedlichen Phasen des biographischen Verlaufs. Zur Informiertheit in unterschiedlichen Phasen der Entwicklung in der Bevölkerung und ihren Konsequenzen siehe am Beispiel des Nachrüstungsprotests Reuband (1990). Generell sind Medienwirkungen am besten über Panelstudien zu ermitteln, da in Querschnittstudien Medieneffekte von Selektionseffekten nur bedingt abgegrenzt werden können.

Tabelle 7: Befürwortung von Abschottung nach Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala im Zeitverlauf

(Zustimmung "voll und ganz" in % und Pearson r)

		Welle		Prozentpunkt	Pearson	
	(1)	(2)	(3)	Differenz (3/1)	r	
In Deutschland zu viele Ausländer						
Links	45	31	43	-2	15	
Mitte	57	47	47	-10	07	
Rechts	56	65	70	+14	.13*	
Weniger Ausländer= weniger Kriminalität						
Links	30	48	33	+3	03	
Mitte	54	56	60	+6	$.08^{+}$	
Rechts	66	72	76	+10	$.09^{+}$	
Asylbewerber missbrauchen Asylrecht					,	
Links	55	50	63	+8	.04	
Mitte	67	71	76	+9	.08	
Rechts	75	79	74	-1	01	
Zaun an österr. Grenze errichten						
Links	39	46	44	+5	.13	
Mitte	52	61	71	+19	.14**	
Rechts	61	68	78	+17	.16**	
Zuwanderung von Muslimen untersagen						
Links	29	31	33	+4	.07	
Mitte	35	37	54	+19	.14**	
Rechts	43	43	61	+18	.13**	
Verbot von Moscheenbau						
Links	63	61	69	+6	.12	
Mitte	68	72	84	+16	.13**	
Rechts	66	74	89	+23	.18***	
Zahl der Befragten					,	
Links	32	33	16			
Mitte	167	240	74			
Rechts	110	193	98			

Frageformulierungen wie Tabelle 5 und 6, hier in gekürzter Form. Statistische Signifikanz: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001; +p<0,10

9. Informationsquellen und Medienwirkungen

Gefragt, unter Vorgabe einer Liste, wie sie sich in erster Linie über das politische Geschehen informieren (*Tabelle 8*), stehen bei den Befragten fast gleichrangig an erster Stelle "Gespräche mit Freunden und Bekannten", "Zeitungen, Zeitschriften (Online oder Papier)" sowie das "Fernsehen". Mit Abstand folgen Facebook- und andere Internet-Seiten (wobei der Wert für Facebook in der letzten Welle vermutlich aus methodischen Gründen höher ausfällt als in den vorangegangenen Wellen).²⁹ Die Zahl derer, die keine

Informationsquelle angeben und totale kommunikative Abschottung betreiben, ist vernachlässigenswert.

Die Antworten auf die Frage zu den Informationsquellen sagen etwas über die Nutzung in Kombination mit der subjektiven Bedeutsamkeit des Mediums aus. Die Nutzung selbst mag höhere Werte aufweisen. Gefragt nach der Nutzungshäufigkeit gaben über die drei Wellen hinweg zwischen 50 % und 53 % der Befragten an, täglich oder fast täglich Zeitungen in Papierform oder Online zu lesen (meist handelt es sich um die lokalen Dresdner Zeitungen). Das sind etwas weniger als in der Dresdner Bevölkerung³⁰,

In den ersten beiden Wellen wurde nach der Nutzung von Facebook gefragt, ohne nähere Unterscheidung – wie in der dritten Welle – zwischen Pegida-Facebook und anderen Facebook-Seiten. Die Tatsache, dass Pegida in der ersten Welle nicht explizit erwähnt wurde, könnte dazu geführt haben, dass manche Befragte primär an andere Facebook-Seiten als die von Pegida dachten. In der Frage der tatsächlichen Nutzung der Pegida-Seiten im Internet, differieren die Werte im Zeitverlauf nur wenig. Zu Pegida Facebook siehe auch Scharf und Pleul (2016).

Jin der Dresdner Bevölkerung lasen – einer eigenen repräsentativen Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2014 zufolge – bei einem vergleichbaren soziodemographischen Profil 62 % täglich oder fast täglich eine Tageszeitung in Papier- oder Online-Version (gewichtet nach Soziodemographie der Pegida Teilnehmer in den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung). Die Bevölkerungsbefragung stützt sich auf eine postalische Erhebung auf der Grundlage einer Randomstichprobe aus dem Einwohnernmelderegister mit 760 Befragten.

aber doch beachtlich viele – vor allem, wenn man bedenkt, wie oft auf Pegida Veranstaltungen der Ruf "Lügenpresse" unter den Teilnehmern ertönt. Natürlich sagt die Nutzung nichts über das den Zeitungen entgegengebrachte Vertrauen aus – mehr als drei Viertel der Leser geben an, es wäre gering. ³¹ Aber die bloße Tatsache, dass sie überhaupt Tageszeitungen nutzen, eröffnet zumindest die Chance, Informationen gewahr zu werden, die nicht notwendigerweise konform mit der eigenen Weltsicht sind. Die kommunikative Immunisierung ist nicht total.

Tabelle 8: Primär genutzte Informationsquelle über Politik im Zeitverlauf (Mehrfachnennungen in %)

		Welle	
	(1)	(2)	(3)
Zeitungen, Zeitschriften (online oder Papier)	67	70	70
Fernsehen	69	67	71
E-Mail/Newsletter	17	23	20
Pegida Facebook Seiten Andere Facebook Seiten	} 37*	} 36*	53 21
Gespräche mit Freunden und Bekannten	70	71	78
Internet	48	55	37
Sonstiges	8	10	13

Frageformulierung: "Wie informieren Sie sich in erster Linie über das politische Geschehen?" Antwortkategorien wie oben, mit Ausnahme *= "Facebook"

Im Vergleich zu den Zeitungen wird Pagida-Facebook seltener genutzt. Mehrmals in der Woche geschieht dies bei etwas mehr als 40 % der Befragten. Dass dies seltener erfolgt als bei den Zeitungen, hat vermutlich damit zu tun, dass dort über das allgemeine Weltgeschehen oder über lokale Ereignisse nichts oder nur recht wenig vermittelt wird. Was man findet, sind Postings mit einer Verlinkung oft zu Zeitungsmeldungen, die einen unmittelbaren Bezug zu den Pegida Themen haben.³² Es handelt sich aus-

schließlich um Negativaussagen über Migration, Islam und Flüchtlinge. Positive Aussagen finden keine Beachtung oder werden zum Objekt von Spott oder in Frage gestellt. Wer die Meldungen rezipiert, dürfte in seinem Negativbild bestärkt werden.³³

Was sind die Folgen der Mediennutzung? Im Folgenden prüfen wir dies für die der Zeitungs- und die Pegida-Facebook-Nutzung zum einen für ethnozentrische Einstellungen, Ausländer betreffend. Und zum anderen für Einstellungen gegenüber dem Islam und Moslems. Der Ethnozentrismus wird gemessen über die Stellungnahme zu den Statements "In Deutschland leben zu viele Ausländer", "Wenn es weniger Ausländer gäbe, würde es weniger Kriminalität geben" sowie "Die meisten Asylbewerber missbrauchen das deutsche Asylrecht". Die Einstellungen zum Islam und zu Moslems werden gemessen über die Stellungnahme zu den Statements "Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden", "Der Bau von Moscheen sollte in Deutschland verboten werden" und – mit eher implizitem Bezug (da es sich bei den Flüchtlingen meist um Muslime handelt) – "Man sollte an den Grenzen Österreichs einen Zaun bauen, um die Flüchtlinge abzuhalten".³⁴

Die Einstellungen gegenüber den Ausländern und zum Islam und Muslimen, erfassen unterschiedliche Aspekte von Ausgrenzungstendenzen gegenüber Fremden. Sie dürften daher aus theoretischen, aber auch messspezifischen Gründen miteinander korrelieren (letzteres auch, weil es fließende Übergänge auf der Ebene der Itemspezifikation gibt).³⁵

Auf der siebenstufigen Skala, die von "überhaupt kein Vertrauen" (=1) bis "sehr großes Vertrauen" (=7) reicht, stuften 87 % der Leser die Zeitungen mit Werten zwischen 1 und 3 ein. Bezogen auf alle Befragten ergibt sich ein Wert von 90 %. Zwischen den Lesern und Nichtlesern fällt insbesondere die unterschiedliche Wahl der Extremkategorie für "überhaupt kein Vertrauen" (=1) auf: Während bei den Lesern lediglich 31 % diesen Wert wählen, sind es unter den Nichtlesern 60 %.

Dabei ist bemerkenswert, wie regional breit gestreut die Meldungen sind und wie breit das Spektrum der Regionalzeitungen ist, aus denen zitiert wird. Prüft man die Verlinkungen mit den Zeitungen ("Epoch Times" als Sonderfall hier ausgeklammert), so zeigt sich – wie wir dies stichprobenartig getan haben –, dass es sich dabei tatsächlich um Meldungen aus den zitierten Zeitungen handelt. Aufgrund des regionalen Bezugs geraten die Meldungen meist nicht in das Blickfeld der lokalen Dresdner Zeitungen oder überlokalen Zeitungen – was den

Lesern, die das Thema als besonders wichtig erachten – umso mehr das Gefühl geben dürfte, dass "wichtige" Ereignisse unzureichend oder gar nicht in den "Mainstream"-Medien rezipiert werden.

³³ Ein systematischer, statistisch signifikanter Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala findet sich übrigens nicht. Facebook wird allenfalls leicht überproportional von denen gelesen, die politisch rechts stehen.

³⁴ Die jeweiligen Items wurden mittels Faktorenanalyse in ihrer Dimensionalität bestimmt und im Folgenden über ihre Faktorenwerte als Skala verwendet.

Führt man eine Faktorenanalyse über die sechs Items durch, ergeben sich gleichwohl zwei Faktoren in der Weise, wie sie zuvor beschrieben wurde und wie sie in der folgenden Analyse Eingang findet.

Gleichwohl steht außer Zweifel, dass sie unterschiedliche Akzente setzen. Die Korrelation zwischen beiden Konstrukten ist so denn auch eher moderat (r= .47). Aufgrund der Unterschiede in der Akzentsetzung und aus Gründen der Vergleichbarkeit mit anderen Daten auf Bevölkerungsebene (dazu vgl. Reuband 2015: 139), ziehen wir es vor, die Variablen für Ethnozentrismus und Einstellungen zu Islam/Muslimen getrennt als abhängige Variablen zu verwenden.³⁶

Als Kontrollvariablen benutzen wir die sozialen Merkmale der Befragten und die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts Kontinuum. Darüber hinaus ziehen wir als unabhängige Variable das Ausmaß der wahrgenommenen Beeinträchtigung durch Flüchtlinge hinzu ("Es macht mir Angst, dass immer mehr Flüchtlinge kommen"). Man kann annehmen, dass die Abwertung und Abschottung umso stärker ausgeprägt ist, je mehr sich die Befragten durch Zuwanderung bedroht fühlen.

Natürlich ist die Vorstellung, dass immer mehr Flüchtlinge kommen, von der Medienberichterstattung nicht unabhängig – wie sonst könnte man Informationen darüber erlangen? Doch in das Statement geht mehr ein, als nur die Wahrnehmung: nämlich die eigene Einschätzung der Situation und die daraus resultierende emotionale Reaktion. Zudem ist die Information, dass Flüchtlinge in größerem Umfang kommen, keine neue Information. Daher muss auch der Medieneffekt, der aus der aktuellen Berichterstattung erwächst, nicht besonders groß sein. In der Tat gibt es sogar keinen Zusammenhang zwischen Zeitungsnutzung und Pegida-Facebook-Nutzung auf der einen Seite und der Zustimmung zum Statement auf der anderen, dass es einem selbst Angst mache, dass immer mehr Flüchtlinge kommen.³⁷

Die Ergebnisse der Analyse sind in *Tabelle* 9 dargestellt. Im Fall des Ethnozentrismus als abhängige Variable wird deutlich, dass die tägliche/fast tägliche Nutzung der Zeitung ein positives Bild der Ausländer begünstigt, die Häufigkeit der Pegida-Facebook Nutzung ein Negatives. Die Effekte sind nicht besonders stark, aber statistisch signifikant. Des Weiteren erkennt man: Bildung begünstigt eine positive Orientierung, Alter und Geschlecht sind ohne Bedeutung.

Die stärksten Effekte gehen von dem Gefühl subjektiver Bedrohung und von der Links-Rechts-Selbsteinstufung aus. Im Fall der Analyse, bei der die Einstellung gegenüber dem Islam und den Muslimen als abhängige Variable dient, wird das Erklärungsmodell weitgehend reproduziert – mit Ausnahme des Merkmals Alter, das nunmehr einen Effekt ausübt (Ältere sind negativer als die Jüngeren eingestellt).

Tabelle 9: Ethnozentrismus bzw. Negativbewertung von Islam/Moslems in Abhängigkeit von Mediennutzung, sozialen Merkmalen, politischer Selbsteinstufung und Sorge vor Flüchtlingszuzug (Standardisierte beta Koeffizienten der OLS- Regression)

	Ethno- zentrismus	Islam/ Moslems
Zeitungslektüre	11**	18*
Pegida-Facebook	.15***	.08**
Geschlecht	.00	.03
Alter	.04	.15**
Bildung	07*	05
Links-Rechts-Skala	.20***	.14***
Sorge um Flüchtlingszuzug	.31***	.34***
R^2	.20	.20

Paarweiser Ausschluss von Werten

Statistische Signifikanz: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001

Frageformulierungen, Zeitungen: "Welche Tageszeitungen lesen Sie täglich oder fast täglich?"; Pegida-Facebook: "Wie oft nutzen Sie die Webseiten und Blogs von PEGIDA im Internet?"(1-2. Welle) bzw. "Wie oft nutzen Sie die Facebook-Seite von PEGIDA im Internet?" (3. Welle); [für die vorliegende Analyse integriert, Antwortkategorien: "mehrmals die Woche – mehrmals im Monat – seltener – nie" ["Nutze kein Internet" hier in der Analyse ausgeklammert]; Sorge um Flüchtlingszuzug: "Es macht mir Angst, dass viele Flüchtlinge kommen". ["Stimme voll und ganz zu" ... "stimme überhaupt nicht zu"]

Basis: Personen mit Internutzung, (=88 % aller Befragten)

Codierung: Geschlecht Mann=1, Frau=2; Alter in Jahren; Bildung: Volks-/Hauptschulabschluss/POS bis 8. Klasse=1, Realschulabschluss/POS bis 10. Klasse=2, Fachhochschulreife/Abschluss einer Fachoberschule=3, Abitur (Gymnasi-um/EOS)=4; Zeitungslektüre: keine Zeitung=1, täglich und fast täglich Zeitung=2; Pegida Facebook: Nutzung Nie=1, Seltener=2, mehrmals im Monat=3, mehrmals die Woche=4; Links-Rechts-Skala 1 (links)...10 (rechts); Sorge um Flüchtlingszuzug: stimme überhaupt nicht zu=1 ... stimme voll und ganz zu=4.

³⁶ Korreliert man die Aussage "Der Islam ist eine Bedrohung für Deutschland", ergibt sich im Fall des Konstrukts "Islam/Muslim" erwartungsgemäß ein engerer Zusammenhang (r= .55) als im Fall des Konstrukts für Ethnozentrismus (r= .34).

³⁷ Aus diesem Grund verzichten wir auch auf die Berechnung eines Pfadmodells, das den Effekt der Mediennutzung sowohl auf die Angst vor dem Flüchtlingszuzug als auch auf die Einstellungen zu Ausländern und dem Islam näher bestimmt.

Die Effekte der Zeitungs- und der Pegida-Facebook-Nutzung erweisen sich bei Aufgliederung nach der Erhebungswelle nicht als stabil. Mal ist es die Zeitungsnutzung, die ihren Effekt beibehält, mal die Häufigkeit der Pegida-Facebook Nutzung.³⁸ Dies könnte darauf hinweisen, dass es Periodeneffekte – etwa aufgrund bestimmter Ereignisse - gibt: in Form von Meldungen, die zeitspezifisch sind und mal eher über die eine oder die andere Informationsquelle fließen. Auch ist denkbar, dass die Intensität der Nutzung mal stärker und mal weniger stark umgekehrt reziprok verläuft. Wer die Pegida-Facebook-Seiten häufig nutzt, ist zwar seltener ein täglicher oder fast täglicher Zeitungsleser als jemand, der selten davon Gebrauch macht. Aber es ist zeitweise auch ein umgekehrtes Verhältnis denkbar: Wer in der Zeitung etwas von Interesse über das Thema Flüchtlinge/Migration oder Islam gelesen hat, sucht dazu vorübergehend vermehrt auch auf der Pegida-Facebook-Seite (und vice versa). Davon abgesehen, ist es möglich, dass nicht den Pegida-Facebook- Seiten, sondern anderen Internet-Seiten das höhere Gewicht als Medien der Online-Vermittlung zukommt. Doch dazu wurden in unserer Untersuchung - von der allgemeinen Frage nach den Informationsquellen abgesehen – keine Fragen gestellt.

10. Schlussbemerkungen

Pegida nimmt unter den Protestbewegungen eine Sonderstellung ein. Es gibt keine andere Bewegung, die es vermocht hat, über einen so langen Zeitraum nahezu jede Woche derart viele Menschen zu öffentlichem Protest zu mobilisieren. Der öffentliche Charakter von Pegida ist dennoch nicht mehr derselbe wie früher. Waren es in der Hoch-Zeit von Pegida zeitweise zwischen 17.000 und 25.000 Menschen, die sich zu den Kundgebungen einfanden, waren es zum Zeitpunkt unserer letzten Erhebung im April 2016 nur noch rund 3.000. Inzwischen sind es meist weniger als 2.000.

Dass die Teilnehmerzahlen gesunken sind, dürfte dem erheblichen Rückgang der Zuwanderungszahlen geschuldet sein, dem Aufstieg der AfD und dem zunehmend strikten Umgang der Bundesregierung mit der Flüchtlingssituation. Dass sich trotz dieser veränderten Rahmenbedingungen immer noch Personen zu den Kundgebungen einfinden, dürfte ihrer tiefsitzen-

den Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Situation und Zweifeln an den längerfristigen Wirkungen der eingeschlagenen Maßnahmen geschuldet sein. So waren mit einer Ausnahme alle Befragten in der dritten Welle der Ansicht, dass die Regierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff habe. 81 % glaubten zudem nicht daran, dass "die neuen Maßnahmen der Regierung (z.B. Abkommen mit der Türkei usw.) längerfristig erfolgreich sein und die Flüchtlingszahlen reduzieren [werden]." Weitere 13 % glaubten allenfalls an Teillösungen.³⁹

Der Teilnehmerkreis der Pegida Kundgebungen ist weitgehend auf ein Stammpublikum geschrumpft. Allenfalls bei besonderen Anlässen vermag es Pegida vorübergehend noch, Menschenmassen zu mobilisieren – weniger aufgrund politischer Ereignisse, sondern kundgebungsspezifischer Besonderheiten.⁴⁰ Die Teilnahme an den Pegida Kundgebungen hat für viele Teilnehmer inzwischen einen rituellen Charakter angenommen. Man hat sich auf einen wöchentlichen Rhythmus eingestellt, begibt sich zu den Kundgebungen zusammen mit anderen Menschen, die man (meist) aus bestehenden sozialen Zusammenhängen her kennt (Reuband 2016b). Die Teilnahme ist aus dieser Sicht zugleich ein sozialer Akt, in dem soziale Bindungen bekräftigt und kollektive und soziale Identitäten beschworen werden.

Im Vergleich zu früheren Zeiten hat sich das politische Spektrum der Teilnehmer, gemessen an der politischen Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, in dem hier betrachteten Zeitraum nach rechts verschoben. Wie sehr dieses Muster in der Zukunft weiter bestehen bleiben oder sich noch weiter verstärken wird, ist eine offene Frage. Unter anderen Umständen, bei erneut größerer Mobilisierung der Teilnehmer, ist ebenfalls nicht ausgeschlossen, dass sich das Profil wieder den Verhältnissen früherer Zeiten annähert und Personen verstärkt einbezogen werden, die sich politisch eher in der Mitte als rechts einstufen. Denn nach wie vor gilt, dass die Gesamtheit der Pegida Anhänger im eigenen Selbstverständnis eher in der Mitte als rechts angesiedelt ist. 41

³⁸ Die Zeitungsnutzung ist in der ersten Welle mit beta= .23 (p<0,001) am stärksten, in der dritten Welle wird mit beta= .13 das Signifikanzniveau knapp verfehlt, in der zweiten Welle gibt es keinen Effekt. Facebook-Nutzung ist in der zweiten Welle mit beta= .21 (p<0,001) am stärksten, in den anderen beiden Wellen schwächer und verfehlt das Signifikanzniveau (die Unterschiede sind auch bei den nichtstandardisierten b-Koeffizienten gegeben).

³⁹ Der Rest gibt sonstige Antworten oder bekundet "weiß nicht". Nur 1 % meinen, die Maßnahmen würden erfolgreich sein.

⁴⁰ Dies schließt nicht aus, dass unter anderen Umständen äußere Ereignisse in Kombination mit bewegungsspezifischer Mobilisierung eine Rolle spielen könnten.

⁴¹ Bezogen auf die Gesamtheit der von uns Befragten in den drei Erhebungswellen überwiegen diejenigen, die sich in der Mitte einstufen (Wert 3 auf der fünfstufigen Skala): mit einem Anteil von 51 %. 41 % stufen sich eher rechts ein (Wert zwischen 4 und 5), 8 % eher links (Wert zwischen 1 und 2). Das arithmetische Mittel für alle Befragten liegt bei 3.4.

Welche Einstellungen gegenüber Ausländern und dem Islam/Muslimen eingenommen werden, ist unseren Befunden zufolge nicht nur von der Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts Kontinuum abhängig. sondern ebenfalls von dem Gefühl subjektiver Bedrohung, das mit dem Zustrom von Flüchtlingen assoziiert wird. Die Einstellungen sind damit von ihrer Struktur nicht statisch, sondern dynamisch angelegt und dürften von Ereignissen, die mit Massenzuwanderung verbunden sind, nicht unbeeinflusst bleiben. Anders als es das Schlagwort von der "Lügenpresse" das bei Pegida eine so prominente Rolle spielt erwarten lässt, kann bei deren Anhängern von einer totalen kommunikativen Isolierung von den "Mainstream"-Medien nicht die Rede sein. Rund die Hälfte liest die (meist lokalen) Tageszeitungen täglich oder fast täglich. Das ist etwas weniger als in der Bevölkerung üblich, aber es konstituiert keinen grundlegenden Unterschied.

Gemessen an ihren ethnozentrischen Einstellungen sind die Pegida Anhänger insbesondere gegenüber dem Islam, den Muslimen und dem Flüchtlingszuzug höchst ablehnend bis feindselig eingestellt. Gleichwohl wäre es zu einfach, diese Haltung schlichtweg mit generalisierter Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gleichzusetzen und dies der Mehrheit zuzuschreiben. 42 Das Gesamtbild erweist sich als komplexer: Zwei Drittel der von uns Befragten in der dritten Welle (67 %) äußern Mitleid mit den Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien fliehen. 62 % geben an, sich wegen der gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge zu schämen. 64 % lehnen es für sich selbst oder generell ab, vor geplanten oder bereits vorhandenen Flüchtlingsunterkünften zu demonstrieren. Und 80 % sprechen sich dafür aus, politisch Verfolgten in Deutschland weiterhin Asyl zu gewähren.⁴³

Wo Vergleiche mit der Bevölkerung möglich sind, erweisen sich die Unterschiede als weniger groß als im Fall der zuvor diskutierten Einstellungen zu Flüchtlingen, dem Islam und den Muslimen. So stimmten in einer im März 2016 durchgeführten bundesweiten Umfrage 83 % der Bundesbürger dem Satz zu "Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge" (infratest-dimap 2016b). Die Pegida Befragten bejahten den identischen Satz mit einem Anteil von 62 % zwar seltener, aber die Unterschiede sind weniger spektakulär als bei den zuvor diskutierten Themen. In einer im September 2015 durchgeführten INSA- (Online-) Umfrage, stimmten 58 % der Bundesbürger der Aussage zu "Ich habe mit den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten Mitleid" (Dümer 2015). In unserer Pegida Erhebung, bei leicht differierender Formulierung, liegt der Anteil derer, die Mitleid für die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge äußerten, bei 62 % (und somit sogar noch etwas höher als bei INSA).44

Was die Gewährung von Asyl an politisch Verfolgte angeht, ist die Vergleichslage etwas schwieriger. Wo in den bundesweiten Umfragen von politischer Verfolgung als Asylgrund die Rede ist, handelt es sich um Erhebungen aus der Zeit vor der Flüchtlingswelle, und wo welche aus der Zeit der Flüchtlingswelle und der Pegida Kundgebungen existieren, ist von politischen oder religiösen Gründen die Rede statt von politischen allein. Die Vergleichsmöglichkeit ist daher etwas eingeschränkt. 45 Im September 2015 sprachen sich 82 % der Bürger für die Aufnahme von Flüchtlingen aus, die "aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden". Im Februar 2016 waren es 73 % (infratest dimap 2015b, 2016a). In einer landesweiten Umfrage in Sachsen, die im Mai/Juni 2015 stattfand, belief sich der Anteil an Zustimmung bei der gleichen Frage auf 77 % (TNS Emnid 2015). Im Vergleich zu diesen Erhebungen nehmen die Pegida Befragten, die sich zu 80 % für politisches Asyl aussprachen, also keine Sonderstellung ein. 46 Ihre Einstellungen erweisen sich als kom

⁴² Ausländerfeinde und Rassisten werden Negativaussagen über Ausländer, den Islam und Muslime bejahen. Aber nicht jeder, der sie bejaht, muss umgekehrt ein Ausländerfeind oder Rassist sein. Dies mahnt zur Vorsicht bei der Interpretation von Einzelaussagen und vorschnellen Generalisierungen.

Die Aussagen stützen sich auf die folgenden Statements und Befunde aus der dritten Welle (jeweils "stimme voll und ganz" sowie "eher" zu zusammengefasst): "Mit den Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien fliehen, habe ich Mitleid", "Ich schäme mich für die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge", "Wer politisch verfolgt wird, sollte weiterhin in Deutschland Asyl bekommen". Die Frage zu den Flüchtlingsunterkünften lautet "Haben Sie schon mal vor geplanten oder bereits vorhandenen Flüchtlingsunterkünften demonstriert?" Antwortkategorien: "Ja – nein, würde es aber tun – nein, lehne dies für mich ab – nein, lehne dies generell ab", Zählt man für die drei Statements aus, wie viele der Befragten mindestens zwei "voll und ganz" oder "eher" bejahen, kommt man auf einen Anteil von 71 %.

Von syrischen Flüchtlingen und vom Bürgerkrieg ist in der INSA-Umfrage zwar nicht explizit die Rede, aber Syrien und die Flüchtlinge aus dem Bürgerkrieg waren zum Zeitpunkt der Erhebung überall in den Medien ein Thema, so dass der assoziative Bezugsrahmen nahezu der gleiche sein dürfte.

⁴⁵ Dies könnte – weil ein zusätzlicher Grund aufgeführt ist – das Ausmaß der Zustimmung etwas in die Höhe treiben. Andererseits ist lediglich von politischen "Gründen" und nicht von politischer "Verfolgung" die Rede – was einen gegenteiligen Effekt haben und das Ausmaß der Zustimmung dämpfen könnte.

⁴⁶ Ähnlich wie in den infratest-dimap Umfragen könnte der Trend auch bei den Pegida Anhängern leicht rückläufig gewesen sein: In der ersten Welle im Dezember 2015 äußerten

plexer als vielfach angenommen. Das Vorhandensein negativer Einstellungen gegenüber Zuwanderung und dem Islam/Muslimen schließt bei ihnen eine gewisse Aufgeschlossenheit in anderen Bereichen des Umgangs mit "Fremden" nicht aus. Die Pegida Anhänger sind, was ihr Einstellungsprofil angeht, keine "Normalbürger" – auch wenn sie sich in weiten Teilen so sehen (Reuband 2016b) –, aber sie sind andererseits auch nicht so andersartig, wie oft angenommen.

Literatur

Berger, R., S. Poppe und M. Schuh (2016): Everything Counts in Large Amounts, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und "Wende"-Enttäuschung. Analysen im Überblick. Bielefeld, S.113-146.

Currle, P., L. Pflugradt, S. Segelke und L. Weißenborn, unter Mitarbeit von W. Patzelt (2016): Pegida in Kundgebungen und Reden, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg., Pegida – Warnsignale aus Dresden. Dresden, S. 101-148.

Decker, O., J. Kiess und E. Brähler (2016): Die enthemmte Mitte. Gießen.

Dittmann, R., R. Koopmans, I. Michalowski, A. Rink und S. Veit (2016): Verfolgung vor Armut. Ausschlaggebend für die Offenheit der Deutschen ist der Fluchtgrund, in, WZB Mitteilungen, Heft 151, S. 24-27.

Dümer, V. (2015): Wie die Deutschen wirklich über die Flüchtlinge denken, in: BILD, 10.09.2015; Online: www.bild.de/politik/inland/fluechtling/so-denken-de utsche-42450162.bild.html; Zugegriffen 22.03.2017.

Durchgezählt (2017): Statistik zu Pegida in Dresden. Online: https://durchgezaehlt.org/pegida-dresdenstatistik; Zugegriffen 22.03.2017.

84 % eine Zustimmung, in den anderen beiden Wellen 80 %. Explizit nach Asyl für politisch Verfolgte gefragt (nicht mit Fragen zur religiösen Verfolgung vermengt), wurde in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie aus dem Jahr 2014. Sie stammt zwar aus der Zeit vor der Flüchtlingswelle. Doch man kann annehmen, dass die grundlegenden Meinungsrelationen auch später noch Geltung gehabt haben dürften. Der Umfrage zufolge meinten 77 % der Befragten, dass politische Verfolgung die Aufnahme von Asylbewerbern rechtfertige (,...wenn jemand in seinem Heimatland aus politischen Gründen verfolgt wird", vgl. Institut für Demoskopie 2014: 26). Höhere Werte für die Gewährung politischen Asyls finden sich in einer bundesweiten Umfrage aus dem Jahr 2015, die mit variierenden Fallbeschreibungen in Form von Vignetten arbeitete. Danach sind 94 % der Bundesbürger aufgeschlossen für die Gewährung von Asyl im Fall politischer Verfolgung (Dittmann et al. 2016). Aufgrund der andersgearteten Fragekonstruktion ist ein unmittelbarer Vergleich dieser Untersuchung mit den anderen und unserer Erhebungen jedoch nicht möglich.

Forschungsgruppe Wahlen (2017): Politbarometer; "Wichtige Probleme in Deutschland"; Online: www. forschungsgruppe.de; Zugegriffen 22.03.2017.

Geiges, L., S. Marg und F. Walter (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft. Bielefeld.

Goodwin, M., T. Raines und D. Cutts (2016): What Do Europeans Think about Muslim Immigration?; Online: https://www.chathamhouse.org; Zugegriffen 22.03.2017.

Infratest dimap (2015a): AfD rückt nach rechts, CDU nach Links. Die Position der politischen Parteien im Links-Rechts-Kontinuum. Online: www.in fratest-dimap.de/uploads/media/LinksRechts_Nov20 15 01.pdf; Zugegriffen 22.03.2017.

Infratest dimap (2015b): ARD-DeutschlandTrend, September 2015; Online: www.infratest-dimap.de/um fragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/; Zugegriffen 22.03.2017.

Infratest dimap (2016a): ARD-DeutschlandTrend, Februar 2016; Online: www.infratest-dimap.de/um fragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/; Zugegriffen 22.03.2017.

Infratest dimap (2016b): ARD-DeutschlandTrend, März 2016; Online: www.infratest-dimap.de/umfra gen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/; Zugegriffen 22.03.2017.

Institut für Demoskopie (2014): Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmung und Haltung der Bevölkerung. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Allensbach; Online: www.bosch-stiftung.de/content/lan guage1/.../RBS_Asyl_Studie_FINAL_RZ_einzel.pdf; Zugegriffen 22.03.2017.

Köcher, R. (2014): Die Bürger nicht verachten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S. 8.

Köcher, R. (2016): AWA 2016, Flüchtlingszustrom: Auswirkungen eines gesellschaftlichen Aufregungszyklus auf politisches Interesse und Mediennutzung. Allensbach; Online: www.ifd-allensbach.de-fileadm in-AWA; Zugegriffen 22.03.2017.

Merton, R.K. (1968): Social theory and social structure. New York.

Neuendorf, A. (2011): Die Links-Rechts-Dimension auf dem Prüfstand: Ideologisches Wählen in Ostund Westdeutschland 1990-2008, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft, 45, S. 233-256.

Patzelt, W. (2016): Wer sind und wie denken Pegidianer?, in: W. Patzelt und J. Klose, Hrsg., Pegida – Warnsignale aus Dresden. Dresden, S. 149-293.

Reuband, K. H. (1990): Sicherheitspolitische Kenntnisse in der Bevölkerung: Das Beispiel "Nachrüstung". Über Informationsdefizite, Mobilisierungsfolgen und die Bedeutung des Wissens für die Einstellung zur Nachrüstung, in: R. Steinweg, Red., Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung. Frankfurt/M., S. 391-429.

Reuband, K.H. (2002): Frageformen, themenspezifische Sensibilitäten und Antwortmuster. Wie Fragen in Statementform und Fragen mit dichotomen Antwortvorgaben Antwortverteilungen beeinflussen, in: ZA Information 51, S. 82-99.

Reuband, K. H. (2014): Schriftlich-postalische Befragungen, in: J. Blasius und N. Bauer, Hrsg., Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 643-660.

Reuband, K. H. (2015): Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 21, S. 133-143.

Reuband, K. H. (2016a): Pegida im Wandel? Soziale Rekrutierung, politisches Selbstverständnis und Parteipräferenzen der Kundgebungsteilnehmer, in: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 22, S. 52-69.

Reuband, K. H. (2016b): Außenseiter oder Repräsentanten der Mehrheit? Selbst- und Fremdwahrnehmung der Teilnehmer von Pegida Kundgebungen, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., PEGIDA – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und 'Wende'-Enttäuschung? Forschungen, Deutungen und Ausblicke. Bielefeld, S. 165-188.

Reuband, K. H. (2017): Pegida, Sachsen und die Fremdenfeindlichkeit. Warum es komplexerer und regionalspezifischer Analysen bedarf, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Heft 1 (im Druck).

Rucht, D. et al. (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida; Online: www.wzb.eu/de/pressemitteilung/untersuchung-zurdresdner-pegida-demonstration; Zugegriffen 29.02.2016.

Rucht, Dieter (2016): Inwiefern und wann ist Pegida erfolgreich?, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und "Wende"-Enttäuschung. Analysen im Überblick. Bielefeld, S. 189-206.

Scharf, S., und C. Pleul (2016): Im Netz ist jeden Tag Montag, in: K.-S. Rehberg, F. Kunz und T. Schlinzig, Hrsg., Pegida. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und "Wende"-Enttäuschung. Analysen im Überblick. Bielefeld, S. 83-98.

Thomas, W.I. (1965/1928): Person und Sozialverhalten. Neuwied.

TNS-Emnid (2015): Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Sachsen, Juni 2015; Online: www.medienservice.sachsen.de/medien/assets/down load/105171; Zugegriffen 22.03.2017.

Volkmann, T. (2017): Angst, Lügen und Videos, in: liberal, Heft 2, S. 30-31.

Vorländer, H., H. Maik und S. Schäller (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden.

Zick, A., B. Küpper und D. Krause (2016): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn.